



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30.03.2026 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat ohne Gegenantrag ein neues Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 368/2025](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 117 zu 57 Stimmen verschiedene Änderungen im Polizeigesetz in Bezug auf die Datenbearbeitung beschlossen ([5977](#)). Mit den Änderungen werden Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch unter den Polizeikörpern und mit Partnerorganisationen geschaffen. Neu soll die Polizei unter anderem in geschlossenen Internet-Foren ermitteln und KI einsetzen können.

Der Kantonsrat hat in erster Lesung über den Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative «Flughafen Nachtruhe-Initiative» diskutiert ([5996](#)). Nachdem der Rat mit 103 zu 70 Stimmen auf die Vorlage eingetreten war, beriet er den Gegenvorschlag materiell durch. Dabei folgte er allen Anträgen der vorberatenden Kommission. Der Gegenvorschlag geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung. An dieser wird der Kantonsrat dann auch über die Volksinitiative befinden und schliesslich festhalten, ob er dem Stimmvolk, das definitiv über das Volksbegehren entscheiden wird, die Initiative und/oder den Gegenvorschlag zur Annahme oder Ablehnung beantragen wird. Ziel der Volksinitiative ist es, die Lärmbelastung rund um den Flughafen Zürich nach 23:00 Uhr deutlich zu reduzieren. Mit dem weniger weit gehenden Gegenvorschlag soll der Regierungsrat künftig einen ausgeprägteren Fokus auf den Lärmschutz legen und verstärkt auf die Einhaltung der bundesrechtlichen Nachtflugordnung hinwirken.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30.03.2026 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat die Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende in Alters- und Pflegeheimen» mit 108 zu 64 Stimmen abgelehnt ([6009](#)). Den Gegenvorschlag der vorberatenden Kommission empfiehlt der Rat indes mit 97 zu 66 Stimmen zur Annahme. Abschliessend entscheiden wird das Stimmvolk. Der Rat hat mit 112 zu 59 Stimmen entschieden, die Volksinitiative und den Gegenvorschlag den Stimmberechtigten zur gleichzeitigen Abstimmung zu unterbreiten. Wird die Volksinitiative zurückgezogen, untersteht der Gegenvorschlag dem fakultativen Referendum. Im Kanton Zürich können seit Juli 2023 alle Bewohnerinnen und Bewohner eines staatlichen Alters- oder Pflegeheims Sterbehilfe in Anspruch nehmen. Die Initianten der kantonalen Volksinitiative wollen diese Regelung auf private Alters- und Pflegeheime, Spitäler und Psychiatrien ausweiten. Der Gegenvorschlag geht weniger weit. Er sieht zwar eine Ausweitung der Duldungspflicht auf die privaten Alters- und Pflegeheime und die Spitäler vor, nicht aber auf psychiatrische Einrichtungen und ambulante Institutionen.*

Der Kantonsrat hat in erster Lesung eine Änderung im Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz beraten ([5986](#)). Nachdem der Kantonsrat Anfang Februar auf die Vorlage eingetreten war, stand nun die Detailberatung an. Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung. Mit der Gesetzesänderung soll eine neue Triagestelle für Beschwerden im Gesundheitswesen geschaffen werden.

Der Kantonsrat hat mit 126 zu 39 Stimmen bei 1 Enthaltung zwei neue Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten für den Rest der Amtsdauer 2025–2031 gewählt ([6054](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Entlastung von Arztpraxen durch interprofessionelle Zusammenarbeit mit der Sozialen Arbeit» von Grünen, SP, GLP, Mitte, EVP und AL mit 97 zu 70 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 249/2024](#)).

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf die Interpellation betreffend «Herzlinik Universitätsspital (USZ): Strafrechtliche und administrative Untersuchung sowie Übernahme der Verantwortung» der FDP diskutiert ([KR-Nr. 324/2024](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 90 zu 67 Stimmen die Motion betreffend «Keine kostenpflichtige Fast Lane an Zürcher Spitälern» von Grünen, SP, GLP, Mitte und AL überwiesen ([KR-Nr. 408/2024](#)). Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre. Mit der Motion wird gefordert, dass an Zürcher Listenspitälern keine Zusatzgebühren für eine beschleunigte Behandlung von Patienten erhoben werden dürfen.

(*nic.*)

** In einer ersten Version dieses Dokuments hiess es in Bezug zum Gegenvorschlag fälschlicherweise: «Private Institutionen sollen nicht gegen ihre Überzeugung assistierte Suizidhilfe zulassen müssen.»*